

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	12/2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	08.12.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 19:51 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann und Dr. Welter; Stadtrat Schmitz <u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe und Wachert <u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert und Oppelt Stadträte Bernauer und Wagner <u>SPD</u> Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher</u>
weiter anwesend:	
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen, Linier, Striegel, von Reumont und Weber, Stadträte Katzenstein, Konrad, Schendzielorz und Scholl, Ortsvorsteher Erles
Urkundspersonen:	Stadträtin Schlüchtermann und Stadtrat Dr. Rothe
Sachvortrag:	Herr Horvath FB 7 (zu TOP 1)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr.

Lieferung und Aufbau eines Sirenenwarnsystems für das Stadtgebiet Neckargemünd

1.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 7 - Projektmanager ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister erklärt, man habe diese Sondersitzung einberufen, da der Beschluss sehr eile. Eher zufällig sei der Termin auf den 8.12. gefallen, der auch der zweite bundesweite „Warntag“ sei. Die Weitermeldung der Probealarme an die Mobiltelefone habe besser geklappt als vor zwei Jahren, aber immer noch nicht sehr gut. Bereits seit 2017 durch die Starkregenereignisse in Waldhilsbach und Mückenloch sowie das Gasleck in der Bahnhofstraße seien Warnsirenen für die Bevölkerung Thema in Neckargemünd. Leider habe es seitens des Bundes mit dem Ende des Kalten Krieges keinerlei Wartung mehr für die Systeme gegeben. Dieser sei dafür zuständig und müsste das auch vollständig bezahlen. Spätestens die heftige Überschwemmungskatastrophe im Ahrtal habe jedem klargemacht, dass eine reine Warnung über Mobilfunk, Radio und Fernsehen nicht ausreiche. Letztendlich werde die Verwaltung vor Ort verantwortlich gemacht, wenn die Bevölkerung nicht rechtzeitig gewarnt werde. Selbstverständlich seien Warnapps wie NINA, KatWARN, DWD-Wetter und Meine Pegel ein Muss auf jedem Handy. Doch bei Stromausfall oder einem teilweise oder großflächigen Ausfall des Netzes erreiche man die Bevölkerung allerhöchstens noch mit Lautsprecherdurchsagen. In einer Krisensituation hätten haupt- oder ehrenamtliche Hilfsorganisationen etwas anderes zu tun, als mit Fahrzeugen durch die Gegend zu fahren. Man setze mit dem modernen System nicht allein auf einen Warnton; auch Durchsagen seien möglich. Zehn Sirenen würden etwa 98 % der Bevölkerung erreichen. Man investiere damit viel Geld, doch seien Menschenleben unbezahlbar.

Herr Horvath berichtet, man habe Lieferung und Aufbau der Sirenen nach VOB-A ausgeschrieben und ein Angebot über 321.772,38 € erhalten. Dies übersteige den Preis um 30%, sei jedoch trotzdem zuschlagsfähig, sogar zuschlagsverpflichtend. Der Grenzwert liege aktuell bei 60% Kostenüberschreitung. Die letzte Kostenschätzung stamme aus August 2022 und die Kostenüberschreitung liege in der Marktsättigung durch die ausgeschrieben Förderprogramme begründet. Der Markt sei mit Geld überschwemmt und es gebe nur acht leistungsfähige Firmen, die dann entsprechend hohe Preise aufrufen würden. Die Mittel habe man im Haushalt 2022 bereits berücksichtigt. Die Umsetzung müsse für die Förderung mit 104.500 € bis zum 31. August 2023 und die Abrechnung bis zum 30. September 2023 erfolgen.

1.2: Beratung:

Stadträtin Groesser sagt, bei diesem Thema könne man selbstverständlich nicht dagegen sein. Sie sei jedoch sehr erstaunt, dass es bei der Beantragung der Förderung im Oktober 2021 geheißen habe, die Förderung sei weitestgehend kostendeckend. Außerdem sollte das Projekt bis 31.12.2022 kassenwirksam abgeschlossen sein. Sie

empfinde es als Wahnsinnsbetrag, vor allem, was man als Stadt zuschießen solle. Dies brauche man an anderer Stelle mehr. Weiterhin fragt sie nach den Wartungskosten.

Herr Seidel erklärt, der Bund habe die Frist in Anbetracht der Marktsättigung verlängert. Der Bauabschluss bis Ende August und der Abrechnungsschluss Ende September 2023 sei entsprechend eingepreist.

Der Bürgermeister ergänzt, man sei auf Grund der damaligen Preise von einer Kostendeckung ausgegangen und habe auch Preise angefragt. Mit dem Förderprogramm von 110 Mio. € seien die Preise seitdem jedoch sehr gestiegen.

Stadträtin Groesser fragt, warum die Ausschreibung ein Jahr gedauert habe.

Der Bürgermeister erklärt, man habe den Förderbescheid im Februar erhalten und die Umsetzung hätte bis Ende 2022 umgesetzt werden müssen. Dann habe der Bund die Frist verlängert, was erst auf Druck der Kommunen geschehen sei. Man hätte das damals gar nicht mehr geschafft. Die Umsetzung nach Ausschreibung betrage ca. neun Monate. Man habe dann auch Preise recherchiert und sei zu der Kostenschätzung zum damaligen marktüblichen Preise gekommen. Das Leistungsverzeichnis sei sehr umfangreich und die Ausschreibung sehr aufwendig. Das Geld tue allen weh, es gebe jedoch keine Alternative.

Herr Horvath beantwortet die Frage nach den Wartungskosten. Man habe sich entschieden, nicht jährlich, sondern 2-jährlich warten zu lassen, was nach Stand der Technik ausreiche. Das seien dann 4.000 € pro Jahr. Das Angebot enthalte verschiedene weitere Komponenten, wie den ersten Batterietausch und die erste Wartung. Danach koste es die Stadt alle zwei Jahre 8.000 €.

Stadtrat Rehberger sagt, seine Fraktion sehe ebenso die Notwendigkeit für die Anschaffung der Sirenen. Es seien ja nicht nur einfache Sirenen, die lediglich heulen, sondern man könne konkrete Durchsagen bzw. Handlungsanweisungen machen und damit zielgerichtet die Neckargemünder Bevölkerung oder, wie nach der Lage erforderlich, einzelne Ortsteile warnen. Neben der Stadt könnten auch der Bund, das Land und der Kreis darauf zugreifen. Dies sei sehr viel komfortabler, als wenn nur ein Heulton komme. Man habe in den letzten Jahren gesehen, was alles an Unwetter und sonstigen Katastrophen kommen könne. Politiker hätten ihren Hut nehmen müssen, weil sie sich nicht entsprechend verhalten hätten, um Menschen zu schützen. Die Preise seien explodiert. Man sei davon ausgegangen, dass die 100.000 € reichen würden, nun sei es deutlich mehr. Dies sei der momentanen Lage geschuldet und auch die Fraktion könne sich etwas anderes mit den 300.000 € vorstellen. Zum Schutz der Bevölkerung sei es aber eben sehr wichtig. Gleichzeitig sei ärgerlich, dass Land und Bund Aufgaben delegierten, ohne die finanzielle Ausstattung weiterzugeben. Bei Kinderbetreuung und Schule sei es genauso. Es sollte grundsätzlich überlegt werden, ob man auf jeden Zug aufspringe und bei jedem Förderprogramm mitmache oder es lieber lasse. Es könne nicht sein, dass sich in 1,5 Jahren die Summe verdreifache.

Stadträtin Oppelt meint, das mit dem Aufspringen auf jeden Zug passe sehr gut. Der Geldposten sei enorm. Weiterhin macht sie den Vorschlag, die Kirchenglocken zur

Bevölkerungswarnung zu nutzen, wie das schon seit Jahrhunderten üblich sei. Eine Überlegung sei es wert.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass wenn in Berlin jemand Alarm auslöse, er ja auch die Glocken erreichen müsse. Dies sei nicht gegeben. Außerdem gebe es gerade Anträge von Bürgern, das Kirchengeläut abzuschalten.

Stadtrat Schimpf meint, die Geschichte wiederhole sich. Er könne sich erinnern, dass die letzten Sirenen wegen zu hoher Reparaturkosten abgeschafft worden seien. Er teile, was Vorredner über Menschenschutz sagten. Wer würde denn im Ernstfall über 100.000 € diskutieren. Stadtrat Rehberger habe ja schon das Spektrum der Anwendung genannt. Er fragt nach weiteren Anwendungen und findet es notwendig, mit Sirenen warnen zu können - insbesondere für Menschen wie ihn selbst, die eher selten ihr Handy benutzten. Gerade hinsichtlich der weit auseinanderliegenden Ortsteile und die vorhandene differenzierte Landschaft sei es alternativlos. Manche würden sicher mit der Hälfte auskommen, aber dass man mit der vorgeschlagenen Ausstattung 98 % Abdeckung erreichte, sei eine Leistung. Er bedankt sich bei Herrn Horvath für die viele Arbeit. Man habe zum Glück ein Angebot bekommen, es sei ein Plus, dass die Verwaltung dies hinbekommen habe.

Stadtrat La Licata berichtet von den Sirenen sonntags in Haag. Beim ersten Mal sei er sehr erschrocken und habe sich gefragt, was los sei. Neckargemünds Kernstadt sei hochwassergefährdet, und man müsse die Bevölkerung schützen. Die gestiegenen Kosten seien sehr ärgerlich. Auch er sehe an anderen Stellen viel Bedarf in der Stadt, genauso wie auch den Punkt, Menschenleben zu schützen. Preise würden auch mit dem Bedarf steigen und man sei leider auch in der Situation, ein sehr großes Gebiet mit teilweiser Hochwassergefährdung abdecken zu müssen. Er stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Stadtrat Schmitz äußert sich kritisch zum Vorgehen. Er sei da über den Begriff „befinden uns im zuschlagsverpflichtenden Bereich“ gestolpert, worunter er sich zwar etwas vorstellen könne, jedoch genauere Informationen haben möchte. Man habe eine Maßnahme, die auf Grund einer Kostenschätzung von 150.000 bis 170.000 € vom Gemeinderat eingeleitet wurden sei, und die in der Folge bereits auf über 200.000 € korrigiert worden sei. Und nun liege ein Angebot von 321.772,38 € vor. Er fragt, worin da der Automatismus bestehe und ob man nicht, als sich die steigenden Kosten abzeichneten, dies noch einmal dem Gremium hätte vorstellen können, um zu klären, ob man das weiterverfolge.

Herr Horvath erläutert, es gebe einen Vertrauensschutz auf beiden Seiten. Eine Kommune beschließe, etwas zu tun (Haushaltsmittel und Beschluss), binde sich und gebe damit einen Handlungsstrang vor. Man habe mit dem Bescheid über die Förderung im Haushalt weitere 100.000 € eingestellt und sei somit mit einer Gesamtsumme von 200.000 € gestartet. Mit Durchführung der Ausschreibung signalisiere man, dass man in der Lage sei, dies umzusetzen - auch mit dem Wissen, die Kostenschätzung könne überschritten werden. Die Referenz liege in den Jahren 2019/2020, und eine Überschreitung dürfe dem Bieter nicht nachteilig angerechnet

werden. Dies gelte auch in die andere Richtung. So gebe es eine Ausführungsfrist bis zum 31. August 2023, weil die Stadt laut Zuwendungsbescheid bis zum 30. September 2023 den Verwendungsnachweis abgeben müsse. Der Automatismus bestehe per se, wenn man sich dafür entscheide auszuschreiben. Oft heiße es, man solle drei Angebote einholen. Daraufhin würde man drei Anfragen stellen, um Informationen zu bekommen. Angebotseinholungen signalisierten, man sei willens und in der Lage, auf das Angebot einzugehen.

Stadtrat Schmitz fragt, ob man nicht zu dem Zeitpunkt der Einstellung von weiteren 100.000 € in den Haushalt im Gremium genauer darauf hätte eingehen müssen. So habe man es im Gremium nicht gesehen.

Stadtrat Bernauer sagt, man entscheide über einen extremen Betrag, jedoch sei bei Einsicht in die Unterlagen ersichtlich, dass mehr daran hänge. Mit nur acht Anbietern könne man über ein Angebot froh sein und habe auch noch den Zuschuss. Wenn man in fünf Jahren ausschreibe, würde es nur noch teurer. Man müsse heute entscheiden. Mit einem auf 20 Jahre angelegten Lebenszyklus, der Anbindung über drei Kanäle, Möglichkeit von Ansagen enthalte das Paket alles und man habe sogar noch einen zusätzlichen Mast und Empfangsmodule. Mit jedem Jahr, das man warte, lege man mehr Geld drauf. Auch wenn es sehr teuer sei, könne man so Menschenleben retten.

Stadtrat Fritsch findet, wenn das mit den Kosten so weiter gehe, befinde man sich im freien Fall. Alles schön und gut, doch alle seien in der Pflicht. Stadtrat Schmitz habe dies gut gesagt. Der Bürgermeister müsse schauen, dass in Zukunft nicht so große Keulen in das Gremium kommen und ständig Kosten stiegen. Nun müsse man die Verantwortung tragen, da man erst so blauäugig an die Sache herangegangen sei.

Der Bürgermeister weist das als Unterstellungen zurück, denn seit er im Amt sei, hätten sich die Schulden drastisch reduziert. Die Stadtverwaltung gehe nicht leichtfertig mit Geld um. Es sei eine interne Angelegenheit, doch er erzähle es nun trotzdem: Man habe das Angebot eines kommunalen Kaufhauses eingeholt, das nach eigener Aussage alle für die Kommune relevanten Waren zum Vorteilspreis anbiete. Die Mitarbeitenden der Stadt würden deutlich billiger einkaufen als in diesem Angebot möglich sei, mit Preisunterschreitungen von 20 bis 30 %. Alle seien sehr darauf bedacht, die günstigste Variante, die aber alles Nötige an Qualität biete, zu nehmen.

Stadtrat Fritsch sagt, er habe dem Bürgermeister keinen Vorwurf machen wollen. Man hätte das Gremium eher informieren müssen.

Stadträtin Dr. Welter ergänzt noch einen Punkt, der sie sehr traurig stimme: der Handlungsspielraum des Gremiums sei äußerst gering und man gebe unglaublich viel Geld für Klimafolgekosten aus, was auch wichtig sei. Doch nach den getroffenen Entscheidungen zur den Photovoltaikanlagen vor zwei, drei Jahren, sehe sie noch keine PV-Anlage in Neckargemünd, was sie sehr schade finde.

Stadtrat Wachert stellt fest, wenn Kommunen einkaufen, werde der Preis höher als normal und fragt, warum man keine GmbH dazwischenschalte, um günstiger einkaufen zu können.

Laut Bürgermeister gehe dies wegen der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben nicht. Dies sei sehr streng geregelt, und eine der Fördervoraussetzungen sei der Zugriff aus Berlin auf das System. Bei sonstigen Einkäufen stelle sich die Frage, ob es wirklich günstiger werde. Die Stadt gehe sehr sorgsam mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger um. Bei Wohnbauten könne ein Konzept wie von Stadtrat Wachert vorgeschlagen günstiger sein.

Herr Seidel erklärt zur angesprochenen Alternativlosigkeit, ein Automatismus bestehe hinsichtlich der Pflichtverletzung, und man könne ggf. Schadensersatz leisten. Eine GmbH habe einen hohen Verwaltungsaufwand und lohne sich unter Umständen für die anstehenden Wohnprojekte.

Stadtrat Bergsträsser stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf sofortige Abstimmung.

1.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung zur Lieferung und Aufbau eines Sirenenwarnsystems für das Stadtgebiet Neckargemünd (inkl. optional ausgeschriebenem Standort S10) an die Fa. Fischer Sirenentechnik, 92272 Freudenberg zum Preis von 321.772,38 Euro inkl. Mehrwertsteuer.

Die Abstimmung erfolgte namentlich. Alle anwesenden Mitglieder des Stadtrates (siehe S. 1) und der Bürgermeister stimmen mit „Ja“. Niemand stimmt mit Nein oder enthält sich.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Schlüchtermann

Die Schriftführerin

Stadtrat Dr. Rothe